

XIX. GP.-NR.
1816 1J
1995 -07- 14

ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Wabl, Freundinnen und Freunde
 an den Bundesminister für Umwelt
 betreffend Müllverbrennungsanlage Niklasdorf

In Niklasdorf soll mit Beteiligung der Gemeinde Fronleiten eine Verbrennungsanlage, die vorher von Fronleiten abgewehrt worden war, errichtet werden. Der Müll, der mitten im schwer belasteten Luftsicherungsgebiet verbrannt werden soll, kann nur schwer beschafft werden. Von PCP-imprägnierten Masten bis zu diversen Arten von Sonderabfall ist alles für die Verbrennung vorgesehen - und muß mangels lokaler Quellen über weite Strecken herbeigeschafft werden.

Mehrheitseigentümerin der Betreiberfirma ENAGES ist die STEWEAG, die versucht, mit allen Mitteln einen neuen Geschäftsbereich zu erschließen.

Um die Anliegen der Bevölkerung und der Bürgerinitiative SUN (Saubere Umwelt Niklasdorf) zu unterstützen, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Umwelt folgende

ANFRAGE:

1. Sie haben am 27.5.1995 in der Kleinen Zeitung zur Restmüllverbrennung erklärt, "derzeit ist dazu kein Verfahren im Laufen, das uns bekannt wäre". In Niklasdorf ist geplant, gemeinsam mit Sonderabfall auch Sieüberlauffraktionen des Hausmülls zu verbrennen. Sind Sie darüber informiert worden?
2. Werden Sie etwas dagegen unternehmen?
 Wenn ja; was? Wenn nein, warum nicht?
3. Im selben Interview erklären Sie: "Das Verfahren muß sowieso nach den Regeln einer Umweltverträglichkeitsprüfung abgeführt werden". Das ENAGES-Projekt in Niklasdorf ist so eingereicht worden, daß es noch nach dem Abfallwirtschaftsgesetz behandelt wird und einer UVP ausweicht. Die Betreiber selbst erklären, daß sie nicht bereit wären, sich einer UVP zu unterziehen. Halten Sie das für richtig?
4. Was werden Sie unternehmen, um die ENAGES zu einer UVP zu motivieren?

5. Nach der Entscheidung des EuGH sind die Übergangsbestimmungen des UVPG EWR-richtlinienwidrig. Daher ist auch für das ENAGES-Verfahren die UVP anzuwenden. Sind Sie bereit, hier geltendes EU-Recht durchzusetzen?
6. Sind Sie bereit, sich bei Ihrem Parteifreund und Ressortkollegen Pörtl einzusetzen, Bürgerinitiativen ernst zu nehmen und mit diesen in einen konstruktiven Dialog einzutreten?
7. Sind Sie bereit, noch im Herbst nach Niklasdorf zu kommen und sich für eine öffentliche Aussprache mit der Bürgerinitiative SUN zur Verfügung zu stellen?